

Denkpause

- Einheitstaumel absagen S. 2
- Platzende Wirtschaftswunder S. 4
- Familiennachzug für Reiche S. 5
- Hanobyl wird exportiert S. 5
- Kein Parteiausschluss S.5
- EU will noch nicht klonen S.6
- CASTOR bald wieder unterwegs S.6
- Termine S.6

07.00
27.09.00
Nr. 9

Nationalstolz wird zum Rassenhass

Einheitstaumel absagen



Etwa 87,3 Prozent aller Reden zum zehnten Jahrestag des Zusammenschlusses von BRD und DDR werden einen Hinweis auf bedauerliche rassistischen Vorfälle enthalten. Gute Deutsche werden sich vom offenen Straßenkampf-Faschismus distanzieren, um anschließend durch Hinweis auf die gestiegene Verantwortung Deutschlands die intelligentere Version der deutschen Weltmachtplanungen umzusetzen.
[mehr... Seiten 2+3]
◀ In der befreiten Zone
Deutscher (links) und Hund (rechts).

IWF- und Weltbanktreffen in Prag

Platzende Wirtschaftswunder

Kapitalistische Institutionen haben spätestens seit den heftigen Protesten gegen den WTO-Gipfel in Seattle keinen guten Ruf. Jetzt werden Armutsprogramme geplant, die aber auf alte Konzepte setzen. Die armutsfördernden IWF-Strukturanpassungsmaßnahmen gelten jetzt auch für das MEDA-Programm der EU. [mehr... Seite 4]

Familiennachzug für Reiche

[mehr... Seite 5]

EU will noch nicht klonen

[mehr... Seite 6]

Lieber LeserIn,



als ich während des Krieges die Humanität des Parteitags-Farbbeutels mit der eines Angriffs-krieges in ein

Verhältnis setzen wollte, war das schon ein mittelmäßiger Skandal – aus heutiger Sicht war es eher zu vorsichtig.

Nachdem die rot-grünen Kriegs-Lügen jetzt Stück für Stück aufgedeckt werden, ist das Thema Kosovo-Krieg aus dem kollektiven Gedächtnis von Partei, Regierung und Gesellschaft fast vollständig verschwunden und verdrängt. Die EU-Außen- und Verteidigungsminister – alle noch im Amt – wollen statt des Nationalisten Milosevic lieber einen Nationalisten der Opposition an der Macht sehen. Sie haben bereits finanzielle Belohnung angekündigt für den Fall, daß ihr Favorit gewählt wird. Wenn das nichts hilft, dann gibt es immer noch Tornados.

Ein virtuelles Massaker könnte zahlreiche Grüne wieder vor die »Zerreißprobe« stellen – nicht nur am Trommelfell.

Ihre Ilka Schröder

75 Millionen DM
für Täter

Wenn Deutsche zu stolz werden

Einheits- taumel absagen



Die deutsche Bundesregierung stellt 75 Millionen DM Bundesmittel aus dem Europäischen Sozialfonds für »Jugendarbeit gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« bereit. Mit den Millionen werden allerdings keine Antifa-Gruppen finanziert werden, sondern solche AktuerInnen, die man eigentlich zum Täterkreis zählen müßte: Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften werden qualifiziert; in Behörden soll fortgebildet werden. Im Jugendministerium scheint man also ein offenes Auge für den staatlichen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aus der Mitte der Gesellschaft zu haben. Staatssekretärin Edith Niehuis: »Alle Schuld bei den Jugendlichen abzuladen ist falsch. Sie können nur deshalb so agieren, weil sie auf Zustimmung oder Billigung oder Weggucken stoßen.«
www.bmfsfj.de/infoc/inhalt08.asp

Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung D.I.R. e.V.
<http://www.uni-marburg.de/dir/>

Nationaler Neoliberalismus
Um den Rechtspopulisten nicht das Terrain zu überlassen, versucht die neueste Ausgabe des Widerspruch Probleme, Chancen und Perspektiven einer solidarischen Arbeits- und Sozialpolitik zu skizzieren. Nachdem die westeuropäischen Regierungslinken, sozialdemokratische Parteien, Gewerkschaften und Grünen, eine Mitverantwortung am Erstarken des Rechtspopulismus attestiert wird, greifen verschiedene Beiträge die Modernisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes an. Arbeiter- und Klassensolidarität wird den LeserInnen als nicht gerade neues Mittel gegen Lohnflexibilisierung und Leistungslohnsysteme angeboten. Lesenswert macht das ▶

Etwa 87,3 Prozent aller Reden zum zehnten Jahrestag des Zusammenschlusses von BRD und DDR werden einen Hinweis auf bedauerliche rassistischen Vorfälle enthalten. Gute Deutsche werden sich vom offenen Straßenkampf-Faschismus distanzieren, um anschließend durch Hinweis auf die gestiegene Verantwortung Deutschlands die intelligentere Version der deutschen Weltmachtplanungen umzusetzen.

Vor einigen Monaten waren FaschistInnen noch arme kleine ModernisierungsverliererInnen. Für aufsehenerregende Aktionen bekamen sie ein akzeptierendes Jugendzentrum und ein Arbeitsförderungsprogramm. Heute

scheint es, als hätte die antifaschistische Kritik dieser Methode etwas verändert: Bekennende Rechtsextreme sollen ihren Job verlieren, keinen Führerschein erhalten und nicht mehr liebgehabt werden. Ganz Deutschland scheint sich seit diesem Sommer gegen sie verbunden zu haben. Ein paar tote Linke, Obdachlose und MigrantInnen, das war lange Zeit für viele der heutigen Nazi-BekämpferInnen kein Grund zur Gegenwehr. Erst die ungünstigen Fotos der Weltpresse vom Nazi-Aufmarsch am Brandenburger Tor stifteten zu vermeintlich antirassistischen Aktivitäten an. Ganz vorne dabei sind in den Verbalbündnissen die Bundesregierung, Arbeitgeberverbände, Medien und Gewerkschaften.

Ihr Beitrag zu einer toleranten Gesellschaft ist mehr als fragwürdig: Mit der Unterscheidung von nützlichen und schädlichen MigrantInnen (siehe Denopause 7 und 8) haben sie eine rassistische Stimmung begünstigt, die jetzt scheinbar bekämpft wird.

Auch der deutsche Angriffskrieg gegen Jugoslawien und eine militaristischere deutsche Außenpolitik leistet einen Beitrag zur Gewalt gegen Andersdenkende. Wie soll man Jugendlichen erzählen, daß Mord und Totschlag kein geeignetes Mittel der politischen Auseinandersetzung ist, wenn es die deut-▶

[Außen hui, innen pfui]

Ihre Beteiligung an einem »Netz gegen Rechts« verkündet die **BERLINER ZEITUNG** auf Seite 1 ihrer Ausgabe v. 16.08.2000. »Darin werden Informationen über Rechtsradikale, Ausländerhass und Rassismus in Deutschland zusammengefasst.« Auf Seite 29 der gleichen Ausgabe werden die verwirrten LeserInnen fettgedruckt aufgefordert, Informationen über – nein, nicht Rassisten – sogenannte illegal eingeschleuste Ausländer bereitzustellen. »Was wir dringend benötigen, sind Hinweise aus der Bevölkerung. Ich glaube, dass es im Umland richtige Massenunterkünfte für eingeschleuste Menschen gibt, die weiter transportiert werden sollen. ... Die müssen einfach auffallen.« Das textabschließende Zitat des polizeilichen MigrantInnenjägers Michael Baumann ersetzt das eigene Resümee der Zeitung. Ein Hinweis, daß die mithelfenden BrandenburgerInnen die »Illegalen« nicht selbst verprügeln und aus ihrem Land rausschmeissen sollen, sondern sie nur der der Polizei melden sollen, fehlte. Keine einzige Äußerung des Polizisten wird von der Zeitung auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft. So kommt es, daß der Preis für Fluchthilfe mit 20.000 bis 50.000 DM angegeben wird. FluchthelferInnen werden damit pauschal als AusbeuterInnen dargestellt, Fliehende als Menschen, denen es finanziell sehr gut geht. **DER TAGESSPIEGEL** (13.9.2000) kommt den realen Kosten der meisten »SchleuserInnen« näher: Er berichtet von einem Gerichtsprozeß, bei dem FluchthelferInnen vorgeworfen wird, 450 bis 800 DM für Transportdienstleistungen gefordert zu haben.

schen NATO-Torpedos den Nazi-Glatzen vormachen? Wer deutschen Soldaten befiehlt, an der Seite der UCK für Volksgruppenseparierung zu bomben, gerät in Argumentationsnöte, wenn er/sie Rechtsextremen verbieten will, für ethnische Reinheit zu kämpfen. Wie kann man die Lügenpropaganda der Rechtsextremen angreifen, wenn selbst mit Lügen Krieg begründet wird?

Für die politische und ökonomische Elite Deutschlands ist Rechtsextremismus nicht schädlich. Die gemeinsame verbale Eintreten gegen den Straßenfaschismus bietet eine hilfreiche Kulisse für den »guten Deutschen«, der seine gestiegene Verantwortung in der Welt wahrnehmen will und dazu den ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat benötigt.

Ein bleibendes Potential von FaschistInnen kann für eine Rechtsverschiebung der vermeintlichen politischen »Mitte« sogar nützlich sein. Weil es noch rechtsextremere AkteurInnen gibt, fällt der eigene Beitrag zur Abschottung Deutschlands gegen Migration und zunehmende weltweite militärische Interessensvertretung Deutschlands gar nicht als so rechtsextrem auf, wie er eigentlich ist. Ob die Bundesrepublik Deutschland dazu bereit ist, den Rechtsextremismus selbst konsequent einzudämmen, darf also in Frage gestellt werden.

Ein internationales Engagement gegen deutschen Rechtsextremismus darf nicht bei einer konsequenzlosen Entsendung von »Drei Weisen« aufhören (wobei nicht einmal eine solche Maßnahme bis Redaktionsschluss beschlossen wurde).

Ein vernünftiger Kompromiß wäre es, eine OSZE-Mission nach Deutschland zu entsenden, die staatliche und nicht-staatliche Verfolgung von MigrantInnen untersucht und Handlungsvorschläge unterbreitet.

Jeglicher staatlich zur Schau gestellter Nationalstolz muß vermieden und bekämpft werden. Es reicht nicht, in den Reden zum Einheitsfeiertag die »Kollateralschäden« des wiedervereinigten Deutschlands zu bedauern. 100 rassistische Tote in zehn Jahren innerhalb der BRD und ein Angriffskrieg außerhalb sind unter anderem wegen Verstoßes gegen den 2+4-Vertrag Grund genug, jegliche offiziellen und inoffiziellen Nationalfeiern am 3. Oktober 2000 zu verbieten. Und wenn das nicht hilft, müssen die vier Vertragspartner überlegen, welche Konsequenzen sie aus der eklatanten Verletzung des Vertrages ziehen. ○

[Name and Shame*]

Peter Bernhardt, Stadtverordneter in Darmstadt, enthielt sich bei der Abstimmung über den Beitritt der Stadt Darmstadt zu einem »Bündnis gegen rechts«. Gegenüber dem DARMSTÄDTER ECHO (12.08.2000) begründete er sein Stimmverhalten: »Weil ich mit meiner Frau in der Sauna von vier Türken massiv angegangen worden bin. Sagen Sie mir, was man gegen das gesteigerte Selbstbewußtsein der Ausländer tun kann«. Der Obsthändler war für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtparlament und hat sein Mandat inzwischen abgegeben.

Jörg Tremmel, Vorstandsvorsitzender der »Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen«, will per grafischer Einordnung die Vergleichbarkeit verschiedener Ereignisse mit dem Holocaust verdeutlichen. »Völkermord in Bosnien oder im Kosovo« ist seiner Meinung nach vergleichbar mit dem Holocaust, die »Ermordung eines Juden oder eines Asylbewerbers« oder die »Schändung eines jüdischen Friedhofes« sei eingeschränkt vergleichbar. Überhaupt nicht vergleichbar seien »Maßnahmen gegen den Terror türkischer Jugendbanden in Westdeutschland«. In DENKPAUSE NR. 2 (02.99) bezeichnete ich seine Thesen als »rechtsextrem«. Der Berliner TAGESSPIEGEL äußerte sich ähnlich. Tremmel ist es aber ein wichtiges Anliegen, mit der gesellschaftlichen Mitte zusammenzuarbeiten. Im August gelang es ihm, die »Jungen Europäischen Föderalisten« in seinen Jugendkongress auf der EXPO einzubinden. Die angedrohte Klage gegen meine Einschätzung seiner Thesen als »rechtsextrem« reichte Tremmel aber gar nicht erst ein.

Georgia Langhans, Fraktionssprecherin der GRÜNEN im Stadtrat von Celle, hat mit ihren grünen FraktionskollegInnen, SPD, CDU und Republikanern beschlossen, eine Mauer um ein Flüchtlingsheim bauen zu lassen. Der Zeitpunkt für die Bauarbeiten war aber ungünstig gewählt. Gerade Mitte August, als ganz Deutschland antirassistisch sein will, wird der rassistische Schutzwall errichtet. »Das ist Nazi-Deutschland, das ist doch Rassismus, uns so vollständig hier einzumauern«, sagt ein Flüchtling. »Warum hat die Stadt das Geld, eine solche Mauer zu bauen, warum hat sie kein Geld, um damit für ein bisschen bessere Wohnverhältnisse im Flüchtlingsheim zu sorgen?« Die Celler GRÜNEN besinnen sich indes auf ihre ökologischen Wurzeln: »Wenn es noch möglich ist, sollte man statt der Mauer lieber einen Holzzaun bauen«, so Langhans in der Celleschen Zeitung. Den Flüchtlingen in Celle bleibt im Moment nur die Hoffnung auf den Staatsschutz: 1978 wollte sich ein Spitzel bei der RAF einschleimen und sprengte das »Celler Loch« in eine Knastmauer.

[<http://www.cellesche-zeitung.de/>]

Wal Buchenberg, Hobby-Journalist, macht in dem zum Teil links ausgerichteten Online-Magazin TREND (»für die alltägliche Wut«) einen Vorschlag, wie das arbeitende deutsche Volk mit Migration umgehen soll: »Eine praktikable und mehrheitsfähige Methode, die Frage des Immigrantenzuzugs in einem demokratisch legitimierten Rahmen zu diskutieren und zu entscheiden, wäre es, wenn z. B. ein gemeinsamer Gewerkschaftstag der großen Gewerkschaften jährlich über die Auswahlkriterien und die Anzahl der Immigranten des Folgejahres beraten und entscheiden würde.« Indem Buchenberg die MigrantInnen erst gar nicht reinlassen will, geht er weiter als nationalistische GewerkschafterInnen, die bisher forderten »Arbeit zuerst für Deutsche«.

[<http://www.trend.partisan.net/trd0900/t130900.htm>]

Marieluise Beck, grüne Ausländerbeauftragte der Bundesregierung und Mitglied der »Gesellschaft für bedrohte Völker«, kritisiert in einem Antrag an den GRÜNEN-Parteitag, daß ein »transparentes und offenes parlamentarisches Verfahren, in dem Verbände ihre Interessen anmelden können und in dem diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen zum Ausgleich gebracht werden«, bisher fehlt. »Nur so kann aber auch über wirtschaftliche Planungsdaten und arbeitsmarktpolitische Bedenken in einem transparenten Verfahren beraten werden.« Wirtschaftsbosse werden also in Zukunft nicht nur wegen Atomenergie, Renten und Steuern beim Kanzler sitzen. Von der Bewegung ihres Daumens nach oben oder unten hängt es auch ab, ob Menschen nach Deutschland kommen dürfen oder nicht. Nicht vorwerfen kann man Marieluise Beck allerdings, daß sie antirassistische Modererscheinungen mitmacht. Sie nimmt die »akzeptierende Jugendarbeit« mit rechtsextrem motivierten Jugendlichen weiterhin in Schutz. (F.A.Z. 07.09.2000)

Heft die Auseinandersetzung mit dem Beitrag der »Neuen Mitte« zu Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus. Gerd Wiegel sieht in seinem Beitrag Haider als Prototyp einer extremistischen Mitte und bietet damit eine in der herrschenden Extremismus- und Totalitarismusforschung nicht vertretenen Erklärungsansatz. Bestärkt wird seine Argumentation auch durch die im Heft enthaltenen Analysen der FPÖ (»nationalistische Veranstaltung des Neoliberalismus jenseits von Klasse und Lager«) und eine Diskursanalyse des modernisierten Nationalkonservatismus der Schweiz.

WIDERSPRUCH Heft 39, Rechtspopulismus – Arbeit und Solidarität. 204 S., 21 sFr/DM, im Buchhandel oder Vertrieb@widerspruch.ch, www.widerspruch.ch, Fon/Fax: 00.41.273.03.02

* **Name and Shame**
»Es ist nicht so gut, wenn Du Leute persönlich angreifst«, ist eine häufige Reaktion auf meine Äußerungen. Besser würde es vielen von Ihnen sicher gefallen, wenn ich den »allgemeinen Neoliberalismus« oder die »allgemeine Tendenz zur Militarisierung« kritisieren würde, ohne Namen zu nennen. Es sind aber konkrete Personen, die konkrete Politik machen. Politische Diskussionen, Interpretationen und eben auch Angriffe auf politische Fehlentwicklungen wird es in der Denkpause weiterhin geben. Und weil es gerade in Mode ist, geschieht das in dieser Ausgabe institutionalisiert in der »Name and Shame«-Rubrik.

IWF- und Weltbanktreffen in Prag

Platzende Wirtschaftswunder

Kapitalistische Institutionen haben spätestens seit den heftigen Protesten gegen den WTO-Gipfel in Seattle keinen guten Ruf. Jetzt werden Armutsprogramme geplant, die aber auf alte Konzepte setzen. Die armutsfördernden IWF-Strukturanpassungsmaßnahmen gelten jetzt auch für das MEDA-Programm der EU.

Prag wollte bettlerfrei sein. Pünktlich zur Jahrestagung der Gouverneure von Weltbank und Internationalem Währungsfond (IWF) sollte das Betteln in der Prager Innenstadt verboten werden. Die Intentionen dafür waren allerdings eher ästhetischer Natur, denn auf ein eventuell schlechtes Gewissen der KonferenzteilnehmerInnen zurückzuführen. Seitdem Tschechien nach 1989 zum Musterland des ungezügelt Kapitalismus (»Transformation«) wurde, rutschte das Land in der UNO-Welt-rangliste der Lebensqualität vom 25. auf den 36. Rang. Für Bildung und Sozialleistungen muß teuer bezahlt werden. Seit einigen Jahren ist das Land nicht einmal mehr unter rein kapitalistischer Betrachtungsweise ein Musterland. 1999 stieg das Wirtschaftswachstum gerade einmal um 0,2 Prozent, nachdem es im Jahr vorher noch um 2,5 Prozent gefallen war. Die Nachrichtenagentur Reuters konnte nur noch konstatieren, daß »das Wirtschaftswunder platzte.«

Das Jahrestreffen von IWF und Weltbank war als Großinszenierung geplant, mit der Tschechien den Beitritt zur westlichen Industriewelt zelebriert. Aber nicht nur das Land, sondern auch die supranationalen Institutionen werden von einer Krise getroffen. IWF und Weltbank versuchen immer noch eine Positionsbestimmung in der sich ändernden Welt. Wachstum soll seit dem letztjährigen Jahrestreffen auch »qualitativ« sein.

Besonderes öffentlichkeitswirksamer Coup war die kräftige Revision der »Heavily Indebted Poor Countries Initiative« (HIPC). Den ärmsten Ländern der Welt sollte ein Teil ihrer Schulden erlassen werden, wenn sie freiwerdende Gelder zur Armutsbekämpfung nutzen. Bisher bietet die Initiative aber vor allem Kosmetik. Die Institutionen betreiben business as usual. Der »Einbeziehung der Zivilgesellschaft« wird von BasisaktivistInnen mit dem Fahren per Anhalter verglichen: Mensch darf zwar



Prag – immer eine Reise wert.

einsteigen, hat aber keinen Einfluss auf die Richtung, die das Auto nimmt. Kein Wunder, dass sich das HIPC-Programm inhaltlich kaum von den alten Maßnahmen zur Strukturanpassung unterscheidet. Endgültig zur Farce wird die HIPC dadurch, daß die Teilnahme nur den Ländern gestattet wird, die sich den armutsfördernden Maßnahmen der trotz fataler Auswirkungen weiterhin bestehenden IWF-Strukturanpassungsprogramme unterwerfen.

Die Macht der IWF-Richtlinien bekommen die Länder aber nicht nur von der Institution selbst zu spüren. Selbst die EU, die im Gegensatz zu den einzelnen europäischen Staaten nicht organisatorisch in den IWF einbezogen ist, nimmt sie sich zum Maßstab. Im Rahmen des neuen MEDA-Programms zur Zusammenarbeit mit den Ländern der Mittelmeerregion tauchen sie zum Beispiel auf. Bestimmte Gelder sollen erst ausgegeben werden, wenn das entsprechende Land die IWF-Kriterien erfüllt. Wie wenig Freihandel und Freiheit im Zusammenhang stehen, wird ebenfalls im MEDA-Programm deutlich. Der Parlamentsbericht zum Thema erwähnt

auch noch explizit die Pflicht der MEDA-Länder, Abschiebeabkommen (Flüchtlings-»Rückführung«) mit der EU abzuschließen. Während die klassischen Richtlinien des IWF weiter als Maßstab für konformes Verhalten der armen Länder gelten, werden die neueren Reförmchen der Institution schon wieder zurückgenommen. Der Generaldirektor des IWF, Horst Köhler aus Deutschland, spricht wieder davon, daß der IWF sich übernommen habe und nun eine Rückbesinnung auf seine »Kernkompetenzen« anstehe. Langfristige Armutsbekämpfung soll kein Thema mehr sein. Der Währungsfond soll lediglich noch eine Rolle als »letztmöglicher Schuldengeber« spielen, der nur in Krisen interveniert. Weder wird in den neuerlichen Strukturüberlegungen das Demokratiedefizit des IWF thematisiert, noch die Tatsache, daß er vor allem zur Durchsetzung von Interessen der G7-Eliten dient. In Prag mobilisiert ein breites Bündnis linker Gruppen gegen den Gipfel. Die Vertreter der kapitalistischen Wachstumsdoktrin sind nicht allein, wenn sie die Weltordnung gestalten wollen.

INPEG

Breites, in Tschechien organisiertes Bündnis der WiderständlerInnen gegen das IWF-Treffen. Ähnlich wie in Seattle umfaßt der Zusammenschluß ein breites Spektrum von Umweltgruppen, BürgerrechtsaktivistInnen, kleineren Gewerkschaften bis hin zu AnarchistInnen. Nicht Teil von INPEG sind ein eigenständiger Schwarzer Block, die Kommunistische Partei und Großgewerkschaften.

IWF

Internationaler Währungsfonds oder auf Englisch International Monetary Fund (IMF). 1945 als Überwachungsinstanz für das Bretton-Woods System der stabilen Wechselkurse gegründet. Nachdem dieses 1973 aufgelöst wurde, änderten sich die Aufgaben. Nun war der IWF vor allem als Kreditgeber an arme Länder tätig. Um seine Kredite zu bekommen, mussten sich diese Strukturanpassungsmaßnahmen unterwerfen, indem sie staatliche Investitionen in den Bildungs- und Gesundheitssektor auf ein Minimum reduzieren. Besser ging es ihnen danach nicht. Schwere Kritik zog sich der Fonds ebenso durch sein Verhalten in der letzten Asienkrise zu. Die Stimmverteilung in den Entscheidungsgremien des IMF erfolgt nach einem Schlüssel, der dem investierten Kapital folgt. USA und EU-Staaten haben zusammen die absolute Mehrheit der Stimmen.

www.inpeg.org

Englischsprachige Site der lokalen Prager Organisation

www.crosswinds.net/prag2000/home.htm

Deutschsprachige Homepage mit umfassenden Prag-Infos

www.prague.

indymedia.org
Unabhängiges Medienzentrum mit aktuellen Berichten aus der Stadt

Familiennachzug für Reiche

Das Europäische Parlament (EP) genehmigte die von der Kommission vorgeschlagene Richtlinie zur Familienzusammenführung von Nicht-EU-BürgerInnen.

Die Richtlinie erleichtert denjenigen MigrantInnen die Einreise, deren Familienangehörige bereits legal in der EU ansässig sind. Die konservative Fraktion im EP (CDU/CSU etc.) scheiterte mit ihrem Versuch, die in weiten Teilen liberale Vorlage der Kommission umfassend zu demontieren und das Zuzugsrecht auf die Kernfamilie, also EhegattInnen und minderjährige Kinder, zu beschränken. Statt dessen ist künftig auch der Nachzug von Eltern, Großeltern und erwachsenen Kindern möglich. Damit wurde auch für Deutschland der Kreis der Berechtigten erheblich ausgeweitet. Positiv an der Regelung ist außerdem, daß ein für die Mitgliedstaaten verbindliches und für die Betroffenen einklagbares Recht geschaffen wurde. Das EP betonte ausdrücklich, daß die Mitgliedstaaten auch weiterhin das Recht haben, Regeln zu erlassen, die für die MigrantInnen günstiger sind.

Ein Nachteil der Richtlinie ist jedoch, daß sie nur für anerkannte AsylbewerberInnen gilt. Für diese Beschränkung haben sich vor allem die deutschen und die österreichischen SozialdemokratInnen eingesetzt. Flüchtlinge, die nur vorübergehenden Schutz genießen, wie z. B. Menschen, die wegen des NATO-Krieges

aus dem Kosovo in die EU flohen, bleiben also außen vor. Das zweite Problem besteht darin, daß bei unverheirateten und gleichgeschlechtlichen Partnern ein Nachzug nur dann möglich ist, wenn diese Form der Lebensgemeinschaft auch im jeweiligen Mitgliedsland der Ehe gleichgestellt ist. Das aber können allerdings nur wenige Mitgliedsstaaten für sich in Anspruch nehmen.

Innenminister Otto Schily (SPD) hat bereits Widerstand gegen die Regelung angekündigt, da er mit einem »Flüchtlingsstrom in sechsstelliger Höhe« rechnet. Da Nicht-EU-BürgerInnen, die sich in Deutschland aufhalten wollen, aber trotz rot-grüner Regie-

rung nach wie vor hohe bürokratische Hürden zu überwinden haben, ist diese Zahl völlig realitätsfern. Voraussetzung ist nämlich unter anderem, daß mensch ein bestimmtes Einkommen und genügend Wohnraum nachweisen kann. Dies wird durch die Richtlinie keinesfalls geändert. Außerdem bleibt den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit weiterhin offen, die Einreise oder den Aufenthalt eines Familienmitglieds aus Gründen der »öffentlichen Ordnung, der inneren Sicherheit oder der öffentlichen Gesundheit« zu verweigern.

[Weitere Beiträge zum Thema »Festung Europa«: www.ilka.org/themen/weitere.html#festeu]

Hanobyl wird exportiert

Eine nach wie vor wirkungsvolle Politikstrategie wird derzeit anhand des Exports der Hanauer MOX-Brennelementefabrik nach Rußland nachgespielt: Weil es keine vernünftigen politischen Gründe für den Export gibt, werden juristische Sachzwänge ins Spiel gebracht. Für Erna Normalabgeordnete und Otto Normalpartei-tagtsdelegierten ist die Sache damit erledigt. Die StrategInnen wissen, daß Gerda und Otto juristische Argumente

als unumstößlich und objektiv hinnehmen. Eine Expertise im Auftrag der Umweltschutzorganisation Greenpeace räumt mit dem Unwissen auf:

Die Brennelementefabrik fällt gemäß Art. 7 Abs. 2 des Anhangs IV der EG-Verordnung Nr. 338/94 des Rates v. 9.2.1994 unter die Gattung der »dual-use«-Güter, die sowohl zu zivilen, als auch zu militärischen Zwecken genutzt werden können. Damit müssen beim Export internationale Vereinbarungen über die Nichtverbreitung und Kontrolle sicherheitsempfindlicher Güter beachtet werden. Auch unter Berücksichtigung des Kriegswaffenkontrollgesetzes kommt der Verfasser, Rechtsanwalt Michael Günther, zu Schluß, daß »die Genehmigung zwingend zu versagen« ist.

Selbst unter der Annahme, daß die Anlage nicht primär für waffentechnische Zwecke geeignet und bestimmt ist, kann nach § 7 Abs. 2 Außenwirtschaftsgesetz eine Ermessensentscheidung getroffen werden. »Wegen des danach vermutlich festzustellenden, besonderen Risikopotentials und der Ungeeignetheit der MOX-Brennelementetechnik zur schädlosen Verwertung des Plutoniums könnte hier auch das Ermessen auf Null reduziert sein. Eine Ausfuhrgenehmigung darf dann nicht erteilt werden.«

Weiteres zur Schleuser-Kontroverse

www.ilka.org/themen/weitere.html#festeu
www.ceyhun.de

»Die Berufung des türkischstämmigen Unternehmers Vural Öger für die Zuwanderungskommission der Bundesregierung durch Bundesinnenminister Otto Schily ist ein erfreulicher und wichtiger Schritt. ... Wir freuen und ganz besonders.« Presseerklärung Ozan Ceyhun
www.ceyhun.de/pressemitteilungen/000901.htm

Eine gesteuerte Einwanderung von jungen Ausländern nach Deutschland forderte das Mitglied der Zuwanderungskommission, der türkischstämmige Reiseunternehmer Vural Öger. Die Zuwanderer müssten ausgewählt werden. »Es kann nicht sein, daß Menschen haben, die keinen Beruf haben und hier nicht arbeiten können, weil ihre Arbeit nicht gebraucht wird und die dann den Sozialkassen zur Last fallen. ... Die Einwanderer müssen sich zu Deutschland bekennen.«
Kölnischer Stadtanzeiger
14.09.2000

Auf einen Blick:

Ilka Schröder MdEP
www.ilka.org
schroeder@ilka.org

Büro Berlin
Postfach 080417
10004 Berlin
Deutschland
Fon +49.30.2096 1340
Fax +49.30.2096 1356
berlin@ilka.org

Büro Brüssel
Rue Wiertz ASP 8 G 253
1047 Bruxelles
Belgien
Fon +32.2.284.74 49
Fax +32.2.284.94 49
bruxelles@ilka.org

Kein Parteiausschluss

Die hessischen Grünen wollen offensichtlich keinen Parteiausschlussantrag gegen mich stellen. Ihr Ultimatum für eine Entschuldigung wegen einer Kritik am einzigen zur Zeit für die hessischen GRÜNE im EP vertretenen Abgeordneten Ozan Ceyhun verstrich am 6. August 2000 ohne Konsequenzen. Der Vorsitzende der hessischen GRÜNEN, Dr. Hubert Kleinert, mußte bei anderer Gelegenheit einräumen, daß sein Landesverband im letzten Jahr etwa zehn Prozent der Mitglieder verloren hat und sich jetzt mit dem Problem konfrontiert sieht, nicht genügend KandidatInnen für die hessische Kommunalwahl 2001 aufstellen zu können. Ozan Ceyhun unterstrich in einer Presseerklärung, daß er seinen Kampf gegen

FluchthelferInnen engagiert weiterführen will. Die Fraktion GRÜNEN/EFA wird am 18. Oktober 2000 über das weitere Vorgehen gegenüber »illegaler Einwanderung« beraten. Der Fraktionsvorstand machte in einem Brief zur Kontroverse mit Ozan Ceyhun bereits deutlich, daß sich die Fraktionsmehrheit höchstwahrscheinlich dafür aussprechen wird, daß eine EU-Einwanderungspolitik »natürlich nicht härtere polizeiliche Maßnahmen anwenden darf«. Wer den 47 Fraktionsmitgliedern seine Meinung zum Thema sagen will, kann bei mir unter bruxelles@ilka.org eine Liste der eMail-Adressen anfordern oder unter www.euoparl.eu.int selbst suchen. ○

Gentechnik-Konsens
vornebringen

<http://www.gruene-fraktion.de/archiv/pm/2000/00-0370.htm>

EU will noch nicht klonen

Magdeburger Bundestagswahlprogramm der GRÜNEN 1998

Freisetzungen gentechnisch manipulierter Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen sind unverantwortlich und in ihren Folgen nicht beherrschbar. Gentechnologie ist eine genetische Umweltverschmutzung. Sie ist in ihren Folgen unbeherrschbar und daher nicht zu verantworten.

<http://www.gruene.de/archiv/wahl/btwahl98/prog/Wahlprog98/oekologie.htm>

Mit knapper Mehrheit verabschiedete das europäische Parlament in der ersten Septemberwoche eine Resolution gegen das Klonen von Menschen. Vor allem Konservative und Grüne stimmten zusammen mit 237 zu 230 Stimmen für einen entsprechenden Antrag. Anlass war die Entscheidung von Grossbritanniens New Labour, das Klonen von Stammzellen zu erlauben. Selbst Verfechter der Gentechnik bezweifeln, daß die Technik medizinisch Sinn macht. Vielmehr wird in ihr ein Versuch gesehen, das Klonen in der Medizin als Standard zu etablieren. Das Europäische Parlament hat nicht die Kompetenz, die Freigabe zu verhindern. Einziges Druckmittel ist es, EU-Fördergelder an Institutionen, die mit geklonten Menschen arbeiten, zu sperren.

Ich selbst habe mich bei der Abstimmung enthalten. Ich befürworte, daß das Klonen verboten bleibt. Allerdings wird in derselben Resolution medizinische Gentechnik uneingeschränkt begrüßt. Das Parlament fordert »maximale politische, wissenschaftliche und ökonomische Anstrengungen« für Forschung an erwachsenen Stammzellen. Angesichts eines solchen Akzeptanzprogramms ist es nur eine Frage der Zeit, bis das Parlament auch menschliches Klonen als medizinische Notwendigkeit ansehen wird. Gentherapien werden seit fast zehn Jahren erfolglos erprobt, dabei gab es mehrere Tote. Die Washington Post berichtete von 691 Fällen mit schwerwiegenden Problemen nach gentherapeutischen Experimenten allein in den USA.

Bei den deutschen Grünen setzt insbesondere auch in der Gentechnik ein Umdenken ein. Im Juni schlug Bundeskanzler Gerhard Schröder vor, drei Jahre lang für die Akzeptanz von Gen-Food zu werben. In einer ersten Stellungnahme - voraussichtlich vor Kenntnis von Schröders Rede verfasst - nahm Ulrike Höfken, verbraucherpolitische Sprecherin für die Grünen-Fraktion Stellung: »Gentechnik-Konsens voranbringen... Wir begrüßen und unterstützen die Initiative... Die Unternehmen sind aufgefordert, ihre Ankündi-

gungen für einen offenen Dialog zu realisieren, ein Vertrauensverhältnis zum Verbraucher aufzubauen und sich aktiv an dem angebotenen Programm zu beteiligen.«

Bestellungen, Abbestellungen und Adressänderungen bitte an abodatei@ilka.org mitteilen.

Termine

- ⊗ 29.09. – 01.10.2000 / Aktionswochenende in Amsterdam gegen die mal wieder drohende Räumung der »Kalenderpenden« am Entrepotdok www.kalenderpenden.nl/
- ⊗ 29.09. – 01.10.2000 / Fulda, Treffen der Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen, Infos FALZ e.V. Fon: (0 69) 70 04 25
- ⊗ 07.10.2000, Berlin-Köpenick / Demo gegen NPD, Flughafenverfahren, Abschiebepolitik und -haft, für Bewegungsfreiheit www.antifa.de/2000/10/07/aab.php3
- ⊗ 06. – 08.10.2000, Berlin / BUKO 23: WTO und soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus - Widerstand WeltWeit von unten organisieren www.epo.de/buko/webq.htm
- ⊗ 14.10.2000, 13.00 Uhr, Leipzig, Augustplatz / Demo »Save the Resistance!« gegen Überwachungs-

- gesellschaft und Sicherheitswahn. www.nadir.org/nadir/initiativ/infoladen_leipzig/camera/
- ⊗ 27 – 29.10.2000 / »Wir müssen lernen, den Leuten auch mal weh zu tun« (Antje Vollmer). Seminar zur Wirtschafts- und Sozialpolitik www.junge-linke.de
- ⊗ 02. – 04.12.2000, Paris / Europäische Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten, www.euromarches.org
- ⊗ 04 – 06.12.2000 / Karawanen nach Nizza aus allen Ländern Europas, www.euromarches.org
- ⊗ 07 – 08.12.2000, Nizza / Demonstration und »Besetzung der Stadt«, www.euromarches.org
- ⊗ 15. – 17.12.2000 / Schule, ein einziger Dienst am Menschen? Seminar zur Kritik der Bildungspolitik www.junge-linke.de
- ⊗ 12. – 14.01.2000 / Seminar »Nationalsozialismus und Vergangenheitsbewältigung« www.junge-linke.de

CASTOR bald wieder unterwegs

Seit dem Nachweis überhöhter Strahlung von CASTOR-Behältern und dem darauf folgenden Merkelschen Transportstopp ist noch kein hochradioaktiver Atomtransport unterwegs gewesen. Das soll sich jetzt ändern (»Politikwechsel nur mit uns!«), die Gerüchteküche der Anti-Atom-Bewegung beginnt heftig zu brodeln.

Demnach planen AKW-Betreiber und baden-württembergische Polizei für Oktober einen CASTOR-Transport vom AKW Philippsburg (zwischen Karlsruhe und Mannheim) zur französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague. Für die erste Novemberwoche

(45. KW) meldeten mehrere Quellen einen Transport nach Ahaus - Ausgangsort ist möglicherweise Neckarwestheim. Den zahlreichen Dementis von Bundesgrenzschutz und rot-grüner NRW-Landesregierung dürfte nach dem letzten Täuschungsversuch (kurzfristige Vorverlegung vom CASTOR) kein Glauben mehr zu schenken sein.

Für AtomkraftgegnerInnen empfiehlt es sich, im Internet aktuelle Informationen einzuholen und Mailinglisten zu abonnieren, z.B. www.antiatom.de/castorxmeter.html oder www.x1000malquer.de. Ältere Beiträge zum Thema: www.ilka.org/themen/atom.html

Praktikum – Für Leute, die sich bereits innerhalb oder außerhalb einer Partei politisch engagiert haben, gibt es jetzt wieder die Möglichkeit, ein Praktikum in Brüssel oder Berlin zu machen. Weitere Infos: www.ilka.org/praktikum